



**Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten und
Sozialdemokratinnen im Gesundheitswesen**
Unterbezirk Duisburg

Kevelaer, 13.6.2010

An

- Hannelore Kraft, Landesvorsitzende NRW-SPD
- den Landesvorstand der NRW-SPD
- den Landesparteirat der NRW-SPD

Kopien an:
SPD UB Duisburg
ASG Landesvorstand – Mathias Albrecht
ASG-Bundesvorstand – Armin Lang
Bärbel Bas, MdB

**Liebe Hannelore,
liebe Genossinnen und Genossen,**

auf dem gesundheitspolitischen Seminar der ASG Duisburg mit der Friedrich-Ebert-Stiftung am 12./13.Juni in Kevelaer haben wir auch die Frage der Regierungsbildung in NRW diskutiert.

Wir sind überzeugt, dass sich im Wahlergebnis der Wunsch und das Verlangen der Wählerinnen und Wähler nach einem wirklichen Politikwechsel in NRW und letztlich im Bund ausdrücken.

Ein solcher Politikwechsel darf sich nicht auf bildungspolitische Fragen - so wichtig diese sind! - reduzieren. Er muss die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in allen Politikfeldern wieder berücksichtigen und ins Zentrum stellen. Dies gilt für die Arbeitsmarktpolitik, die Sozial- und Gesundheitspolitik.

Als Arbeitsgemeinschaft, die sich mit dem Gesundheitswesen beschäftigt, sehen wir die dringliche Notwendigkeit, die Strategie der Auslieferung des Sozial- und Gesundheitsbereiches an den Markt und die Marktkräfte zu überdenken.

Als dringliche Sofortmaßnahmen müssen Personalmindeststandards für die Kranken- und Altenpflege und für weitere Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens in Gesetzen und Verordnungen festgeschrieben werden. Der Druck auf die Kolleginnen und Kollegen, vor allem wenn sie im Schichtdienst arbeiten, ist unerträglich geworden und eine adäquate Versorgung ist in weiten Bereichen nicht mehr gewährleistet.

Solche Maßnahmen sind weder in einer Regierung mit der CDU noch mit der FDP möglich.

Ein Rückzug in die Opposition würde die Wählerinnen und Wähler am Willen für einen Politikwechsel zweifeln lassen.

Wir sehen die dringliche Notwendigkeit in einer Minderheitsregierung die politischen Initiativen für einen Politikwechsel zu ergreifen und so die Grundlage für einen Erfolg bei früher oder später notwendig werdenden Neuwahlen zu legen.

Mit solidarischen Grüßen

Volker Thierfeld, Vorsitzender der ASG UB Duisburg für die Seminarteilnehmer in Kevelaer